

Feuerwache muss erneut ausgeschrieben werden

Nächste Ratssitzung am Donnerstag, 9. Dezember, 18 Uhr im Forum

Planung und Bau der neuen Feuerwache in Weilerswist werden sich noch länger hinausschieben. Das verkündete Bürgermeisterin Anna-Katharine Horst gleich zu Beginn der Ausschusssitzung des Haupt-, Finanz- und Vergabeausschusses. „Wir haben bereits zweimal die Vergabe europaweit ausgeschrieben. Bei der zweiten Ausschreibung konnten wir einem Bewerber einen Zuschlag erteilen. Der hat sein Angebot jedoch wieder zurückgezogen“, so die Bürgermeisterin.

Die neue Feuerwache muss also jetzt erneut europaweit ausgeschrieben werden. Aufgrund des Auftragsvolumens ist es nicht möglich, hier eine andere Ausschreibungsform zu wählen.

Dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, für die Klimaschutzmanagerin/den Klimaschutzmanager eine Vollzeitstelle auszuschreiben, konnte sich der Ausschuss einstimmig anschließen. Eine Teilzeitstelle, wie ursprünglich im März dieses Jahres von der Verwaltung vorgeschlagen, würde aufgrund der vielfältigen Aufgaben, die auf diese Person zukämen, nicht genügen, argumentierte Grünen-Vorsitzende Marcelle Kristen-Dechamps. Diese Stelle, so der 1. Beigeordnete Alexander Eskes, sei aber ohnehin bereits als Vollzeitstelle in der Ausschreibungsvorbereitung vorgesehen.

Einen weiteren Antrag der Grünen-Fraktion auf Bereitstellung von 50.000 Euro im Haushalt 2022 für Klimaschutzberatungs- und Planungsleistungen bereitzustellen, lehnte der Ausschuss mehrheitlich, gegen die Stimmen der Grünen-Fraktion, ab. Nachdem Alexander Eskes erklärt hatte, dass in den 100.000 Euro, die für die Stelle Klimamanager:in eingeplant sind, sowohl Personal- als auch Sachkosten (zum Beispiel für Projekte) veranschlagt sind, erinnerte CDU-Fraktionsvorsitzender Dino Steuer an die betreffende Ausschuss-Diskussion im März dieses Jahres:

„Wir haben damals ausführlich und auch kontrovers diskutiert. Es wurde sich im Ausschuss darauf geeinigt, dass wir auf die vom Kreis angekündigten Definitionen seiner Klimaziele warten und daran anknüpfen wollen.“ Auch Bürgermeisterin Horst machte darauf aufmerksam, dass die Bestellung externer Beratungsleistungen ohne direkte Ansprechperson in der Verwaltung keinen Sinn macht.

Die nächste, und für dieses Jahr letzte Ratssitzung wird – so legte es der Ausschuss fest, wird am Donnerstag, 9. Dezember 2021, ab 18 Uhr im Forum der Gesamtschule stattfinden. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem die Gebühren für Abfall- und Abwasserentsorgung.

Im Bereich Abfall ist nach derzeitigen Berechnungen mit einer Erhöhung von etwa 14 Prozent beim Restabfall und mit rund 30 Prozent höheren Gebühren beim Bioabfall

zu rechnen. Die Schmutzwassergebühr wird sich 2022 um etwa 0,01 Prozent erhöhen. Die Niederschlagswassergebühr wird voraussichtlich 6,25 Prozent über der Gebühr von 2021 liegen. Diese Angaben beziehen sich vorbehaltlich des Ratsbeschlusses zu den Gebührensatzungen.